

Andreas Koch
Drosselstr. 5
45665 Recklinghausen
KoAndrs@aol.com

Bundeskanzleramt
Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Recklinghausen, 23.01.2009

Vorschlag zur Neuausrichtung des Solidarpaktes

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II wurde in der Öffentlichkeit leider auch über die Abschaffung des Solidarpaktes diskutiert. Eine Abschaffung halte ich jedoch für verfrüht und unangemessen. Die Solidarität muss neu ausgerichtet werden, das steht außer Frage. Ein neuer Solidarpakt und das Konjunkturprogramm sollten nach meiner Auffassung nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen zur Anzahl der Bürgerinnen und Bürger und in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote festgelegt werden, denn auch im Westen unserer Republik gibt es Regionen, die unter einer hohen Arbeitslosigkeit und geringen Steuereinnahmen leiden.

Mir missfällt in der gegenwärtigen Diskussion jedoch, dass der Bevölkerung im Westen unserer Republik immer wieder vermittelt wird, dass es in Ostdeutschland nur blühende Landschaften gibt. Ich kenne die Unterschiede genau, da ich dienstlich in allen Himmelsrichtungen unterwegs war und regelmäßig in meiner Heimatstadt Gotha bin. Mir blutet förmlich das Herz, wenn ich in meiner Heimatstadt teilweise immer noch über die selben löchrigen Straße wie früher fahre oder die zerfallenen Häuser und Reste ehemaliger Betriebe sehe. Die meisten der Betriebe, die zu DDR-Zeiten u. a. auch für den Westen produzierten, sind jedoch inzwischen abgebrochen.

Von der teilweise großflächigen Deindustrialisierung der ehemaligen DDR profitieren noch heute andere Regionen, auch durch höhere Steuereinnahmen aus dem produzierende Gewerbe, dass im Osten unserer Republik seit der Währungsunion seine Produkte absetzt. Dafür sind überall Konsumtempel entstanden, die den Eindruck blühender Landschaften vermitteln.

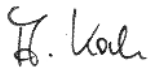
Die Folgen einer zu schnellen Wiedervereinigung werden wir noch viele Jahre gemeinsam tragen müssen. Die Arbeitslosenstatistik ist ein Spiegelbild der realen Verhältnisse. Zuletzt lag sie im Osten mit 12,2 % fast doppelt so hoch wie im Westen (6,2 %). Und wenn nicht so viele junge Menschen ihre Heimat mit ihren Familien verlassen hätten, wäre die Arbeitslosenquote im Osten heute noch wesentlich höher.

Die hohe Arbeitslosigkeit im Osten und einiger Regionen im Westen hat nicht nur Auswirkungen auf die Sozialkassen, sondern auch auf die Steuereinnahmen. Nach meiner Auffassung darf deshalb auch der Solidarpakt nicht einfach abgeschafft werden, er müsste jedoch nach Bedürftigkeit ausgerichtet werden. Es darf auch keine Bevorzugung oder Benachteiligung einer Himmelsrichtung beim Konjunkturprogramm geben, wie es die Bundeskanzlerin kürzlich vorgeschlagen hat. Das Handwerk im Osten geht schon jetzt durch einen starken Rückgang der Auftragslage an Krücken. Das kenne ich aus der eigenen Familie.

Was halten Sie von meinem Vorschlag, den Solidarpakt und das Konjunkturprogramm II nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen zur Anzahl der Bürgerinnen und Bürger und in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote festzulegen?

In welche Richtung wird in der Frage der Abschaffung oder Neuausrichtung des Solidarpaktes im Bundeskanzleramt diskutiert?

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Koch



Bundeskanzleramt

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Herr
Andreas Koch
Drosselstr. 5
45665 Recklinghausen

Benjamin Fraaß
Referat
Koordinierung in Angelegenheiten
der neuen Länder

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 (0)1888 400-00

Berlin, 13. Februar 2009

Sehr geehrter Herr Koch,

die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel bedankt sich für Ihr Schreiben vom 23. Januar 2009. Da es ihr aufgrund ihrer Verpflichtungen leider nicht möglich ist, Ihnen persönlich zu antworten, hat sie mich um ein Antwortschreiben gebeten.

Die Bundesregierung verfolgt mit dem Konjunkturpaket und dem Solidarpakt zwei unterschiedliche Ziele:

Das kürzlich vorgelegte Konjunkturprogramm leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise in Deutschland abzufedern und gleichzeitig die Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung zu verbessern. Deshalb werden Investitionen in Zukunftsbereiche – allen voran Bildungsinfrastruktur – deutlich verstärkt, die Kreditversorgung der Unternehmen gesichert, die Qualifizierung der Arbeitnehmer noch stärker gefördert und Privathaushalte und Betriebe nachhaltig entlastet. Natürlich partizipiert Ostdeutschland an dem Programm in gleicher Weise wie Westdeutschland. In dem vorgesehenen Verteilungsschlüssel sind die von Ihnen genannten Faktoren tatsächlich enthalten.

Der Solidarpakt dient wesentlich der Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Einkommensverhältnisse in Ost und West.

Angesichts der weiterhin vorhandenen großräumigen Unterschiede (beispielsweise bei der Arbeitslosigkeit) ist dabei die Konzentration auf Ostdeutschland sinnvoll und gerechtfertigt. Dabei werden ab von 2005 bis 2019 156 Mrd. € eingesetzt. Die Bundesregierung prüft den Mitteleinsatz laufend und passt die Förderung bei Bedarf an. Anlass zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung sehen wir derzeit nicht.

Für Ihre persönliche Zukunft wünsche Ich Ihnen alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Fraaß